

KANADA

Gewerkschaftsmonitor

Dezember 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHER, WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER RAHMEN

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Der liberale Premierminister Justin Trudeau trat im Januar 2025 aufgrund sinkender Beliebtheit und eskalierender Handelsspannungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika zurück. Mark Carney, ehemaliger Gouverneur der Bank of Canada und der Bank of England, sicherte sich in einem kurzen Führungswahlkampf überwältigende Unterstützung, um neuer Vorsitzender der Liberalen zu werden. Carney berief umgehend vorgezogene nationale Wahlen für den 28. April 2025 ein, um sich angesichts der zunehmenden Handelsspannungen mit den USA ein starkes Mandat zu sichern. Er gewann eine knappe relative Mehrheit, führt seitdem eine Minderheitsregierung – die vierte liberale Regierung in Folge seit 2015.

In den zwei Jahren vor der Wahl galt die Konservative Partei Kanadas unter ihrem Vorsitzenden Pierre Poilievre als klarer Favorit für den Sieg bei den nächsten Bundeswahlen. Poilievre ist ein populistischer, Mitte-rechts-orientierter Politiker, der die Unzufriedenheit der Wähler:innen mit Trudeaus Führung und die steigenden Lebenshaltungskosten, die die Zeit nach Covid in Kanada prägten, für sich nutzte und einen Vorsprung von 20 Punkten vor den regierenden Liberalen erzielte. Der Vorsprung der Konservativen in den Umfragen schmolz jedoch dahin, als Justin Trudeau zurücktrat, und obwohl die Konservativen 41,3 Prozent der Stimmen erhielten, gelang es ihnen nicht, eine Regierung zu bilden.

Die Sozialdemokraten Kanadas, die New Democratic Party (NDP), erlitten bei den Wahlen 2025 eine schwere Niederlage. Bei der Auflösung des Parlaments hatten sie 24 Sitze inne, nach der Wahl waren es nur noch 7. Dieses Ergebnis war vor allem auf einen Einbruch der Unterstützung der progressiven Wähler:innen zurückzuführen, die ihre Stimmen hinter den Liberalen gebündelt hatten, um einen möglichen Sieg der Konservativen zu verhindern. Der Vorsitzende Jagmeet Singh verlor seinen Sitz und trat am Abend der Wahl zurück, wodurch

die Partei in einen Führungsstreit stürzte, der voraussichtlich Anfang 2026 beendet sein wird. Da die Partei nicht die 12 Sitze erreichen konnte, die für den offiziellen Status als Partei (Fraktion) im Parlament erforderlich sind, verfügt sie über deutlich weniger Ressourcen, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

Der separatistische Bloc Québécois bleibt die drittgrößte Partei im Unterhaus (22 Sitze). Er dürfte bei Abstimmungen und in Ausschüssen das Zünglein an der Waage spielen. Die Grünen schließlich halten nur einen Sitz im Unterhaus und sind politisch marginal.

Die Arbeitsbeziehungen in Kanada befinden sich in einer Phase relativer Turbulenzen. In den letzten Jahren gab es in Kanada häufiger und länger andauernde Arbeitskonflikte als während der Pandemie. Im Jahr 2024 führten hohe Lebenshaltungskosten in Verbindung mit Arbeitskräftemangel zu höheren Lohnabschlüssen, wodurch ein Muster entstand, das sich in absehbarer Zukunft wahrscheinlich fortsetzen wird.

Im Jahr 2025 hatten die von US-Präsident Donald Trump verhängten Zölle auf kanadische Automobil-, Stahl- und Aluminiumprodukte erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer:innen in diesen Sektoren und führten zu einer Stagnation der geplanten Investitionen im Land. General Motors entließ 750 Beschäftigte, während Stellantis eines seiner Werke in Ontario schloss. Hunderte von Arbeitnehmer:innen im Stahl- und Aluminiumsektor in Ontario und Quebec wurden ebenfalls entlassen, wobei je nach Dauer der Zölle mit weiteren Verlusten zu rechnen ist.

Im Bereich des Arbeitsrechts gab es 2025 einen bedeutenden Fortschritt mit der Verabschiedung eines Gesetzes gegen Streikbrecher auf Bundesebene, das Arbeitgeber:innen daran hindert, während Arbeitskämpfen Ersatzarbeitskräfte einzustellen. Dieses Gesetz wurde von allen politischen Parteien unterstützt und markiert auch eine wichtige strategische Wende in der Herangehensweise der Konservativen an Arbeitsfragen.

Zu den neuen Themen gehören die Notwendigkeit von Arbeitsschutzmaßnahmen und Arbeitsnormen für Beschäftigte in der Gig-Ökonomie und anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Veraltete Arbeitsbeziehungssysteme haben Mühe, mit dem Wandel der Arbeitswelt Schritt zu halten. Unterdessen kam es 2025 in Kanada auch zu schweren gewerkschaftsfeindlichen Vorfällen, darunter die Schließung von sieben Lagern in Quebec durch Amazon, um eine Gewerkschaftsbildung zu verhindern, was zum Verlust von 4 500 Arbeitsplätzen führte.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten sind ein erhebliches Problem in Kanada. Mit einem fast 40-Jahres-Hoch hat die Inflation in Kanada in den letzten drei Jahren die Kaufkraft dramatisch geschwächt und die Haushalte stark belastet.

Das Wachstum der Verbraucherpreise sank im Mai 2025 auf 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, was einen starken Rückgang gegenüber dem Höchststand von 8 Prozent im Jahr 2022 darstellt. Jedoch steigen die Preise für Wohnraum und Lebensmittel weiterhin etwa doppelt so schnell wie die Gesamtinflationrate.

Die kanadische Zentralbank hält an ihrem Inflationsziel von 2 Prozent fest und hat die Zinsen 2023 rasch angehoben. Im Juni 2024 begann die Bank mit Zinssenkungen, und nach zehn aufeinanderfolgenden Senkungen liegt der Leitzins nun bei 2,75 Prozent und damit immer noch mehr als doppelt so hoch wie vor der Pandemie. Rund 60 Prozent der Hypotheken in Kanada werden 2025/26 neu festgelegt, sodass viele Haushalte die vollen Auswirkungen der höheren Kreditkosten noch nicht zu spüren bekommen, auch wenn sich die Preise abschwächen.

Diese Faktoren haben zu einer echten wirtschaftlichen Unsicherheit in Kanada beigetragen. Eine im Januar durchgeführte Umfrage ergab, dass 48 Prozent der Kanadier:innen angaben, ihren Lebensstandard aufgrund steigender Kosten nicht aufrechterhalten zu können – und die Aussichten werden sich mit dem Anhalten des Handelskriegs mit den USA weiter verschlechtern.

Kanada steht ebenfalls vor einer schweren Wohnungskrise mit einem extrem begrenzten Wohnungsangebot und extrem hohen Preisen. Junge Menschen haben Schwierigkeiten, in Großstädten, in denen die Mieten während der Pandemie rapide gestiegen sind, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Hausbesitzern geht es nicht besser: Obwohl sich der Anstieg der Immobilienpreise im Jahr 2024 abgekühlt hat, sind die Kanadier nach wie vor dem größten Risiko von Hypothekenausfällen unter den OECD-Volkswirtschaften ausgesetzt. Eine Umfrage vom Frühjahr 2025 zeigt, dass 43 Prozent der Kanadier:innen angeben, es sei »schwierig« oder »sehr schwierig«, die Wohnkosten zu decken. Die Bundes- und Provinzregierungen haben beschleunigte Genehmigungsverfahren und steuerliche Anreize angekündigt, um den Bau neuer Wohnungen voranzutreiben, doch Experten schätzen, dass bis 2030 immer noch 3,2 Millionen Wohnungen fehlen werden.

Auch der kanadische Arbeitsmarkt steht vor Herausforderungen. Die Arbeitslosenquote stieg im Mai 2025 auf 7 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit neun Jahren außerhalb der Pandemie. Das Lohnwachstum hat sich verlangsamt, bleibt aber real positiv: Die durchschnittlichen Stundenlöhne für festangestellte Beschäftigte stiegen im Mai gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent, gegenüber einer Inflationsrate von 1,7 Prozent. Die 2024 ausgehandelten Tarifverträge in der Automobil-, Gesundheits- und Einzelhandelsbranche legten eine Untergrenze für die Lohnforderungen fest und führten dazu, dass nach dem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung in den Jahren 2022/23 wieder mehr Arbeitsplätze in Vollzeitstellen umgewandelt wurden.

Was die Arbeitsbedingungen angeht, so stellen Tele- und Hybridarbeit in Kanada weiterhin eine Herausforderung dar, da immer mehr Beschäftigte Flexibilität hinsichtlich ihres Arbeitsortes fordern. Hybrid- und Tele-Arbeitsmodelle sind mittlerweile fest im Arbeitsmarkt verankert: 80 Prozent der Arbeitnehmer:innen in Kanada bevorzugen flexible Arbeitszeiten, auch wenn viele Arbeitgeber eine Rückkehr ins Büro fordern. Anfang 2022 arbeitete fast die Hälfte aller Kanadier mindestens an einigen Tagen pro Woche von zu Hause aus.

Die allgemeine Wirtschaftsstruktur Kanadas hat sich kaum verändert. Die drei wichtigsten Wirtschaftszweige sind der Dienstleistungssektor, das verarbeitende Gewerbe und der Rohstoffsektor. Technologie, Gesundheit und Medizin sind Wachstumsbranchen. Ausländische Direktinvestitionen fließen vor allem in die Bereiche Energie und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Finanzen und Versicherungen sowie Handel und Transport. Die Kapitalinvestitionen aus dem Ausland verschieben sich: Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen stieg 2024 um 5,5 Prozent auf 1,5 Billionen CAD, angeführt von Projekten in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe, Verarbeitung kritischer Mineralien und saubere Technologien. Dennoch stuft die OECD Kanadas Branchenmix als einen der am wenigsten digital intensiven in den G7 ein und weist auf Spielraum für Produktivitätssteigerungen hin.

Die größten Unternehmen Kanadas sind im Finanzsektor (Toronto Dominion, Power Corporation, Royal Bank of Canada) und in der Industrie (z. B. der Automobilzulieferer Magna) zu finden. Der Investmentfonds Ontario Teachers und Rohstoffunternehmen wie Talisman, Goldcorp, Imperial Oil und Suncor Energy sind ebenfalls international bekannt.

Die Ölförderung in Kanada ist hauptsächlich durch unkonventionelles und sehr schweres Bitumen gekennzeichnet. Ein Teil davon wird zwar in Kanada raffiniert, aber mehr als drei Viertel werden zur Raffination und Aufbereitung in die USA exportiert. Eine stärkere Fokussierung auf die inländische Wertschöpfung fehlt jedoch, vor allem aufgrund eines akuten Engpasses in der Verkehrsinfrastruktur, der derzeit begrenzte Exporte nur in die USA ermöglicht. Infolgedessen wird kanadisches Öl (Western Canadian Select) regelmäßig mit einem erheblichen Abschlag gegenüber den weltweiten Referenzpreisen gehandelt. Prognosen gehen davon aus, dass die Ölsandproduktion im Jahr 2025 einen Rekordwert von 3,5 Millionen Barrel pro Tag erreichen wird, unterstützt durch den jüngsten

Ausbau der Pipelines und neue Projekte zur lösungsmittelgestützten Gewinnung. Western Canadian Select wird nach wie vor mit einem zweistelligen Preisabschlag gegenüber dem WTI-Referenzwert gehandelt, aber die verbesserte Pipelinekapazität hat diese Lücke im Vergleich zu 2023 verringert.

Der mit Abstand größte Handelspartner in allen Sektoren sind die USA. Der Warenhandel belief sich 2024 auf insgesamt 762 Milliarden US-Dollar; Kanada exportierte Waren im Wert von 349 Milliarden US-Dollar und importierte Waren im Wert von 413 Milliarden US-Dollar. Kanada ist in hohem Maße von den Handelsbeziehungen zu den USA abhängig: 75,9 Prozent der kanadischen Exporte gingen 2024 in die USA, wobei Energieprodukte 33 Prozent des Gesamtvolumens ausmachten.

Das USMCA-Abkommen (USA-Mexiko-Kanada), das den Handel zwischen Kanada und den USA regelt, wurde von Präsident Trump zu Beginn seiner zweiten Amtszeit praktisch aufgekündigt. Die US-Zölle auf kanadischen Stahl, Aluminium und Elektrofahrzeuge haben nur ein Jahr vor der geplanten Überprüfung des USMCA-Abkommens zu großer Unsicherheit in den grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen geführt. Während das Handelsvolumen insgesamt weiterhin stark ist, sehen sich kanadische Exporteure mit steigenden Kosten und Unterbrechungen der Lieferketten konfrontiert. Die Zölle wecken auch bei Investoren Bedenken hinsichtlich der langfristigen Stabilität des nordamerikanischen Handels, insbesondere in wichtigen Fertigungs- und Rohstoffsektoren, und ziehen Forderungen nach einer Diversifizierung der Handelsbeziehungen nach sich.

Die EU ist nach den Vereinigten Staaten Kanadas zweitgrößter Handelspartner. Der bilaterale Warenhandel erreichte 2024 einen Wert von 75,6 Milliarden Euro, womit die EU weiterhin mit großem Abstand auf Platz zwei der Handelspartner liegt. Unter den EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland Kanadas größter Exportmarkt in der EU und sein fünftgrößter Handelspartner weltweit.

Das Handelsabkommen mit der EU aus dem Jahr 2015 (CETA) bildet den Rahmen für den Handel und wurde 2017 vorläufig umgesetzt. CETA – das nach wie vor nur vorläufig angewendet wird – hat den bilateralen Warenhandel seit 2017 um etwas mehr als 30 Prozent gesteigert, aber die vollständige Ratifizierung in mehreren EU-Hauptstädten stockt weiterhin.

GEWERKSCHAFTLICHER KONTEXT

Die Lage der kanadischen Gewerkschaften ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern relativ stabil. Der Organisationsgrad liegt bei etwa 30 Prozent der Beschäftigten, was bedeutet, dass drei von zehn kanadischen Arbeitnehmern unter einen Tarifvertrag fallen. Der Organisationsgrad im öffentlichen Sektor ist mit über 75 Prozent hoch, während er im privaten Sektor im Durchschnitt bei etwa 15 Prozent liegt. Der Organisationsgrad in den verschiedenen Bereichen des privaten Sektors variiert ebenfalls stark. Mit wenigen Ausnahmen erfolgt die gewerkschaftliche Organisation eher auf betrieblicher als auf sektoraler Ebene. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft in Kanada ist von 1997 bis 2023 rückläufig, was fast ausschließlich auf

einen Rückgang der Abdeckung im privaten Sektor zurückzuführen ist.

In Bezug auf das Arbeitsrecht sehen sich die Gewerkschaften in einigen Provinzen, z. B. Ontario und Alberta, weiterhin erheblichen politischen Widerständen ausgesetzt. In Ontario gingen die regierenden Konservativen Ende 2022 mit einer arbeitnehmerfeindlichen Gesetzgebung, die das Streikrecht für Beschäftigte im öffentlichen Bildungswesen einschränkte, zu weit. Nach einem öffentlichen Aufschrei und dem gemeinsamen Widerstand der Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors in der Provinz waren sie gezwungen, das Gesetz wieder aufzuheben.

Auf Bundesebene sowie in den Atlantikprovinzen (Manitoba und British Columbia) sind gewerkschaftsfreundlichere Regierungen an der Macht. Das hat jedoch größere Arbeitskonflikte nicht verhindert. Der Streik von über 110 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Frühjahr 2023 war der größte in der Geschichte Kanadas, und anhaltende Arbeitskonflikte mit Canada Post haben die Bundesregierung in den letzten Jahren geplagt. Dennoch wurden Fortschritte erzielt: Seit 2025 verbietet das Bundesgesetz Arbeitgebern den Einsatz von Ersatzarbeitskräften während Streiks oder Aussperrungen in bundesweit regulierten Branchen, eine Initiative, die von den Sozialdemokraten im Parlament durchgesetzt wurde. Manitoba, das von Sozialdemokraten regiert wird, hat die Gewerkschaftsbildung erleichtert und Ersatzarbeitskräfte während Arbeitskonflikten verboten.

Die Provinz mit dem höchsten Organisationsgrad der Gewerkschaften, Québec, wählte 2018 eine konservative Regierung, die langsam einen klaren gewerkschaftsfeindlichen Kurs einschlug. Im Jahr 2023 bildeten die drei größten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Québec eine gemeinsame Front, die 420 000 Beschäftigte während der umstrittenen Verhandlungen über Tarifverträge im öffentlichen Dienst vertrat, und konnten schließlich 2024 eine Einigung erzielen. Im Jahr 2025 führte die Regierung von Québec wichtige Reformen hinsichtlich der Fristen für Schlichtungsverfahren ein und legte eine Frist von sechs Monaten für die Ernennung eines Schlichters nach Einreichung einer Beschwerde fest.

Der Oberste Gerichtshof Kanadas hat in seiner Auslegung der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten stets das Grundrecht auf freie und faire Tarifverhandlungen und zuletzt sogar ein allgemeines Streikrecht unterstützt. So wurde beispielsweise Regierungsangestellten, die ursprünglich vom Abschluss von Tarifverträgen ausgeschlossen waren (z. B. der Royal Canadian Mounted Police im Frühjahr 2019), das Recht auf faire und freie Tarifverhandlungen gewährt.

GEWERKSCHAFTEN IN KANADA – FAKTEN UND ZAHLEN

HISTORISCHER ÜBERBLICK

Der Canadian Labour Congress (CLC) ist der kanadische Gewerkschaftsbund. Er wird derzeit von Bea Bruske geleitet, die

2021 in dieses Amt gewählt wurde und 2026 zur Wiederwahl steht. Sie ist die zweite weibliche Vorsitzende des CLC und blickt auf eine lange Karriere in der sozialdemokratischen Partei Kanadas (NDP) zurück.

Die Gewerkschaftslandschaft war historisch gesehen in zwei Teile gespalten. Die Gewerkschaften im englischsprachigen Kanada sind denen in den USA und den dort existierenden »internationalen« Gewerkschaften (mit Mitgliedern in den USA und in Kanada) sehr ähnlich. In Québec besteht aufgrund der ehemaligen katholischen Gewerkschaftsverbände eine zusätzliche Gewerkschaftsvielfalt: Neben der 1921 gegründeten Confédération des syndicats nationaux (CSN) und der 1946 gegründeten Centrale des syndicats du Québec (CSQ) wurde 1957 die Fédération des travailleurs et travailleuses du Québec (FTQ) als nicht-religiöse Vereinigung etabliert.

Es sei darauf hingewiesen, dass es vor 1956 im englischsprachigen Teil Kanadas keine nationalen Dachverbände gab. Stattdessen hatten sich sogenannte »internationale« (d. h. amerikanische) Gewerkschaften auf Provinzebene eher locker koordiniert und später (analog zum Zusammenschluss von AFL und CIO in den USA) auf kanadischer Ebene fusioniert.

Eher in der Theorie als in der Praxis gibt es Gewerkschaftsfreiheit, was zu einem lebhaften Wettbewerb zwischen den einzelnen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden führt. Im privaten Sektor wird dieser jedoch durch ein Friedensabkommen zwischen den CLC-Gewerkschaften eingeschränkt und führt nur manchmal zu Kämpfen zwischen konkurrierenden Gewerkschaften in Unternehmen, die noch nicht organisiert sind, sowie im öffentlichen Sektor.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Organisatorisch gibt es eine große Dachorganisation (die selbst asymmetrisch in einen pan-kanadischen und einen Québecer Ableger unterteilt ist): den CLC mit 54 Mitgliedsgewerkschaften und -netzwerken sowie mehreren sektoralen Verbänden in Québec. Es gibt auch einige sehr große unabhängige Einzelgewerkschaften, sowohl in Québec als auch – insbesondere

seit der Abspaltung von UNIFOR – im englischsprachigen Kanada.

Auch wenn diese »internationalen« Gewerkschaften im Laufe der Zeit in Kanada enorm an Einfluss verloren haben, sind einige von ihnen in verschiedenen Branchen nach wie vor führend. In der Automobilindustrie trennten sich die United Auto Workers (UAW) in den USA und die Canadian Auto Workers (CAW) bereits in den 1980er-Jahren. Die CAW ist derzeit die einzige unabhängige große Gewerkschaft, die nun zu UNIFOR gehört.

Wie die Tabelle der einzelnen Gewerkschaften zeigt, sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes innerhalb des CLC vergleichsweise stark. Nicht aufgeführt sind hier Lehrer:innen und Erzieher:innen, die jeweils einer Provinzgewerkschaft innerhalb des CLC angehören. Darüber hinaus sind Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst auch die größten Untergruppen innerhalb der CSN und der CSQ.

Der Bausektor ist mit fast einer halben Million Gewerkschaftsmitgliedern sehr gut organisiert (und in Québec auch durch einen Tarifvertrag abgedeckt). Diese sind ebenfalls hauptsächlich dem CLC oder dem CSN zugeordnet, aber der Sektor ist organisatorisch sehr fragmentiert. Der größte Verband im Baugewerbe ist die FTQ Construction in Québec City mit 77 000 Mitgliedern, gefolgt von der International Union of Electricians (IBEW) mit 57 000 Mitgliedern, der größten Einzelgewerkschaft.

Wie bereits erwähnt, hat UNIFOR 2018 den kanadischen Gewerkschaftsbund CLC verlassen. Es sei darauf hingewiesen, dass UNIFOR etwa ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer:innen im privaten Sektor Kanadas vertritt, sodass dies ein herber Verlust für den CLC war. Bemerkenswert ist auch, dass UNIFOR die einzige rein kanadische Gewerkschaft unter den großen Gewerkschaften im privaten Sektor ist (wie die Canadian Auto Workers, CAW, und die Canadian Energy and Paper Workers, CEP, die sich 2013 zu UNIFOR zusammengeschlossen haben). Die anderen Gewerkschaften im privaten Sektor sind international (d. h. Kanada und USA). Normalerweise ist dies kein Problem, sondern eher

Tabelle 1
Wichtigste Gewerkschaftsverbände in Kanada

Gewerkschaftsdachverband	Vorsitzende und Stellvertreter:in	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Canadian Labour Congress (CLC)	Vorsitzende: Bea Bruske, Schatzmeisterin: Lily Chang	3,3 Mio.	IGB
Fédération des travailleurs et travailleuses du Québec (FTQ)	Vorsitzende: Magali Picard, Stellvertreter: Denis Bolduc	600 000	IGB (über CLC)
Confédération des syndicats nationaux (CSN)	Vorsitzende: Caroline Senneville, Stellvertreterin: Nathalie Arguin	320 000	IGB
Central des syndicats du Québec (CSQ)	Vorsitzender: Éric Gingras, Stellvertreterin: Nadine Bédard-St-Pierre	200 000	–

Tabelle 2

Wichtigste Branchenverbände und einzelne Gewerkschaften in Kanada (Konföderation)

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitzende und Stellvertreter	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Canadian Union of Public Employees (CUPE)	CLC	Vorsitz: Mark Hancock Stellvertreter: Candace Rennick	700 000	PSI
National Union of Public and General Employees (NUPGE)	CLC	Vorsitz: Bert Blundon Stellvertreter: Jason MacLean	390 000	PSI
UNIFOR	independent	Vorsitz: Lana Payne Stellvertreter: Len Poirier	310 000	IndustriAll, ITF
United Food and Commercial Workers (UFCW)	CLC AFL-CIO	Vorsitz: Shawn Haggerty Stellvertreter: Antonio Filato	250 000	UNI
Canadian Federation of Nurses Unions	CLC	Vorsitz: Linda Silas Stellvertreterin: Angela Preocanin	200 000	International Council of Nurses ICN
United Steelworkers (USW)	CLC AFL-CIO	Nationaler Direktor: Marty Warren	190 000	IndustriALL
Public Service Alliance of Canada (PSAC)	CLC	Vorsitz: Sharon DeSousa Stellvertreter: Alex Silas	180 000	PSI
Service Employees International Union (SEIU)	CLC Change to Win	Vorsitz: Tyler Downey Stellvertreter: Jackie Walker	130 000	UNI
International Brotherhood of Teamsters (IBT)	CLC Change to Win	Vorsitz: François Laporte	125 000	ITF

ein Vorteil, da die größten Unternehmen in Kanada ohnehin ihren Sitz in den USA haben – aber während des von Präsident Trump ausgelösten Handelsstreits hat dies zu Herausforderungen geführt, da die Interessen der Beschäftigten auf beiden Seiten der Grenze nicht mehr vollständig übereinstimmen und einige US-Gewerkschaften seine protektionistische Politik begrüßt haben.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Mit einer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen hat Kanada im Mai 2025 eine Erwerbsquote von 65 Prozent. Langfristig gesehen ist Kanada ein wachsender Arbeitsmarkt, auf dem Gewerkschaften eine entscheidende Rolle dabei spielen, Arbeitnehmer:innen zu helfen, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu erhalten.

Aufgrund der kanadischen Gesetzgebung sind der Organisationsgrad und die Abdeckung durch Tarifverträge nahezu identisch: Die »Rand-Formel« (Urteil von Richter Ivan Rand aus dem Jahr 1946) schreibt vor, dass alle Beschäftigten, die von einem Tarifvertrag in Kanada profitieren, auch einen Mitgliedsbeitrag an die jeweilige Gewerkschaft zahlen müssen (und dass dieser direkt vom Arbeitgeber eingezogen und dann an die Gewerkschaft überwiesen werden muss). Darüber hinaus kann es laut Gesetz nur einen Gewerkschaftsvertreter in einem organisierten Betrieb geben (ähnlich wie beim Wagner Act in den USA). Dies führt zu einer quasi obligatorischen Mit-

gliedschaft (»Closed Shops«), sobald ein Tarifvertrag in einem Unternehmen oder einer Branche abgeschlossen wurde. Die entsprechende Gesetzgebung wurde 1944, neun Jahre nach dem Wagner Act, verabschiedet.

Es gibt ein Arbeitsrecht auf Bundesebene, das die öffentliche Verwaltung der Bundesregierung sowie die Beschäftigten in mehreren Kernbereichen der Wirtschaft (z. B. Schienen- und Luftverkehr, Banken, Telekommunikation und Postdienste) umfasst. Allerdings arbeiten nur etwa 10 Prozent der kanadischen Beschäftigten in bundesweit regulierten Sektoren. Alle anderen fallen unter das Arbeitsrecht ihrer jeweiligen Provinz, wobei nicht der Wohnort des Arbeitnehmers (oder gar der Herkunftsort des Arbeitgebers), sondern die Provinz des Arbeitsortes für die Anwendung des Rechts maßgeblich ist.

Historisch gesehen ist auch der Grad der gewerkschaftlichen Organisation in Kanada seit den 1980er-Jahren rückläufig (von knapp 40 Prozent im Jahr 1984 auf 33 Prozent im Jahr 2000), bleibt aber seit der Jahrtausendwende relativ stabil (Rückgang von 33,2 Prozent im Jahr 2000 auf 30,4 Prozent im Jahr 2024). Mit knapp 5 Millionen (oder 3 von 10) Kanadiern, die gewerkschaftlich organisiert sind oder unter Tarifverträge fallen, profitieren mehr Kanadier als je zuvor in der Geschichte des Landes von einer Gewerkschaft.

Diese allgemeinen Trends verschleiern natürlich die Tatsache, dass im privaten Sektor, insbesondere in der Industrie, viele Tausende gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Im privaten Sektor liegt die Gewerkschaftsdichte bei 15,5 Prozent (gegenüber 16,4 Prozent im Jahr 2017), während sie im öffentlichen Sektor derzeit bei über 76,7 Prozent liegt. Frauen sind heute stärker gewerkschaftlich organisiert (32,5 Prozent) als Männer (28,4 Prozent). Auch hier gibt es regionale Unterschiede. Die zweitgrößte und weitgehend frankophone Provinz Québec (ca. 8,4 Millionen Einwohner) weist mit 38,9 Prozent die höchste Gewerkschaftsdichte des Landes auf. Die größte kanadische Provinz Ontario (14,4 Millionen Einwohner) liegt mit 26,3 Prozent unter dem kanadischen Durchschnitt. An letzter Stelle liegt die reichste und viertgrößte Provinz Alberta (4,4 Millionen Einwohner) mit 24,9 Prozent. Kanadische Gewerkschaften haben weiterhin Schwierigkeiten in Branchen wie dem Finanzsektor (Gewerkschaftsdichte von 10,2 Prozent), dem Hotel- und Gaststättengewerbe (5,1 Prozent) und der Landwirtschaft (3,8 Prozent).

Der relative Erfolg der kanadischen Gewerkschaften beruht einerseits auf einer schrittweisen Anpassung (und einer fortschrittlichen Auslegung durch Arbeitsgerichte und den Obersten Gerichtshof) und andererseits auf der konsequenten und kreativen Nutzung vorhandener Ressourcen (sowohl materieller als auch politischer Art), um neue Unternehmen und Sektoren zu erschließen. Der überwältigende Erfolg der kanadischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes steht in starkem Kontrast zu den gewerkschaftsfeindlichen Nachbarn im Süden.

Im Allgemeinen basiert das Arbeitsrecht auf dem der USA, wurde jedoch seit den 1980er-Jahren in mehreren Punkten weiterentwickelt. In mehreren wegweisenden Entscheidungen hat der Oberste Gerichtshof Kanadas (SCC) die in Teil 2 der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten verankerte Vereinigungsfreiheit durchweg gewerkschaftsfreundlich ausgelegt. Aufgrund des Urteils von 2007 in der Rechtssache *Health Services gegen British Columbia* ist die legislative Einflussnahme der Regierung auf Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst generell eingeschränkt. Die 2015 eingeführten Einschränkungen des Streikrechts für Beamte wurden durch das Urteil in der Rechtssache *Saskatchewan Federation of Labour gegen Saskatchewan* zurückgenommen. Das Ergebnis ist eine fast ungebremste Stärke der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die sich dort auch in einem hohen (und weiter steigenden) Organisationsgrad widerspiegelt. Der jüngste Erfolg war die Entscheidung von 2019 in der Rechtssache *Mounted Police Association of Ontario gegen Kanada*, die es den ikonischen, rot gekleideten kanadischen Polizisten, den Mounties, nun erlaubt, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Darüber hinaus haben kanadische Gewerkschaften geschickte Verhandlungsstrategien oder politischen Druck in einer gewissen Zentralisierung in den halböffentlichen (z. B. Pflegedienste in Ontario und Kinderkrippen in Québec) und sogar im privaten Sektor (z. B. Supermärkte und Automobilindustrie in Ontario und Bauwesen in Québec) Vereinbarungen unternommen. Es gibt nun einige regionale Tarifverträge, die für ganze Branchen, Regionen oder zumindest für alle Unternehmen desselben Arbeitgebers gelten. Darüber hinaus gibt es in Québec die

innovativen »Tarifvertragsdekrete« (*Loi sur les décrets de convention collective*), ein in Nordamerika einzigartiges System, das es ermöglicht, die Anwendung bestimmter Klauseln eines Tarifvertrags auf nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer:innen in bestimmten Branchen auszuweiten. Dieser Mechanismus ermöglicht Tausenden von Menschen den Zugang zu Sozialleistungen (z. B. Gruppenversicherungen), die ihnen sonst niemals zur Verfügung stehen würden. Allerdings kommen diese Dekrete in der Regel nicht ohne eine gewisse gewerkschaftliche Organisation und den daraus resultierenden politischen Druck zustande.

Darüber hinaus gibt es in Kanada progressive Änderungen in der Gesetzgebung zur Gewerkschaftsbildung. Die Provinzen Québec, New Brunswick, Neufundland und Prince Edward Island sowie die Bundesregierung haben seit Langem Regeln für eine sogenannte »Kartenprüfung« – das bedeutet, dass die Belegschaft nicht über die Gewerkschaftsmitgliedschaft abstimmen muss, wenn mehr als 50 Prozent der Belegschaft sich für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft entscheiden; die Zertifizierung erfolgt automatisch. Auch Alberta hatte diese Regelung für kurze Zeit unter einer sozialdemokratischen Regierung (2015–2019), was sich eindeutig positiv auf die Gründung neuer Gewerkschaften auswirkte – und wurde anschließend von sozialdemokratischen Regierungen in British Columbia und Manitoba übernommen.

International gilt Kanada als gewerkschaftsfreundliches Land und versuchte, dies bei den jüngsten NAFTA/USMCA-Neuverhandlungen geltend zu machen. Der Präsident von UNIFOR wurde sogar als Berater des kanadischen Verhandlungsteams eingeladen. Kanada hat nun alle acht Kernarbeitsnormen der ILO ratifiziert (die USA nur zwei). Die Nummer 98 – »Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen« (1949) und die Nummer 138 »Mindestalter« wurden von Kanada erst im letzten Jahrzehnt hinzugefügt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Der Erfolg der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen lässt sich nur indirekt messen. Auch wenn die meisten Tarifverträge nur geringfügig über der Inflationsrate liegen, verdienen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in Kanada im Durchschnitt deutlich mehr als nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer: Der Lohnvorteil beträgt durchschnittlich 23 Prozent. Dieser Vorteil ist für Frauen und Einwanderer in Kanada statistisch gesehen sogar noch größer.

Da im Gegensatz zu den USA alle Arbeitnehmer:innen von der gesetzlichen Krankenversicherung und auch von einem gesetzlichen Rentensystem profitieren, sind andere Sozialleistungen wie Betriebsrenten, Zusatzkrankenversicherungen und Berufsunfähigkeitsversicherungen in der Regel die einzigen monetären Posten, über die verhandelt wird, die jedoch im Vergleich zu den Löhnen als weniger wichtig angesehen werden.

Die meisten Betriebsrenten im privaten Sektor wurden inzwischen in »beitragsorientierte Pläne« (ähnlich einer Riester-Rente) umgewandelt, und nur wenige Arbeitnehmer erhalten eine

traditionelle Betriebsrente (»leistungsorientierte Pläne«). Darüber hinaus sind letztere nicht gesetzlich geschützt. Als beispielsweise die Kaufhauskette Sears 2018 in Konkurs ging, waren die dortigen Mitarbeiter:innen nicht nur arbeitslos, sondern sahen sich auch mit einer leeren Betriebsrentenkasse konfrontiert. Die Gerichte stellten sie an das Ende der Warteliste.

Was Urlaubstage und Krankheitstage (»bezahlter Urlaub«) angeht, so erhalten die meisten Beschäftigten in Kanada mindestens zwei bis drei Wochen Urlaub und in einigen Provinzen auch einige bezahlte Krankheitstage. Dennoch ist es gerade diese Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die zunehmend Gegenstand von Tarifverhandlungen ist. Im Allgemeinen sind vier Wochen Jahresurlaub oder mehr nur in gewerkschaftlich organisierten Unternehmen möglich.

Obwohl eine unbegründete Kündigung in Kanada generell nicht zulässig ist, sehen viele Tarifverträge vor, dass Stellenabbau nur nach dem Prinzip der umgekehrten Betriebszugehörigkeit erfolgen darf. Dementsprechend haben 49 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer eine Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren oder mehr (ansonsten nur 35 Prozent).

Darüber hinaus setzen Gewerkschaften auch Standards für Branchen und Arbeitnehmer, die nicht unter Tarifverträge fallen. Ein Beispiel sind gewerkschaftlich organisierte Hotels, die die Arbeitsbedingungen in Hotels in kanadischen Großstädten weit über ihre Belegschaft hinaus diktieren. Die Automobilindustrie in Ontario ist ein ähnlicher Fall. Dies kann natürlich zu der paradoxen Situation führen, dass nicht organisierte Belegschaften keinen Grund mehr sehen, Gewerkschaftsmitglied zu sein, und dementsprechend »unorganisierbar« werden. Versuche, das Toyota-Werk in Woodstock, Ontario, zu organisieren, sind mehrfach kläglich gescheitert.

Unternehmen in Kanada haben keine unabhängigen Betriebsräte wie im deutschen Modell. In Kanada haben Gewerkschaften daher, wie in vielen anderen Ländern auch, sowohl die Funktion einer Tarifpartei als auch die Funktion eines Betriebsrats.

Darüber hinaus ist der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung stark eingeschränkt oder existiert nur in einzelnen Provinzen (insbesondere Québec). Das Konzept der Sozialpartnerschaft ist weitgehend unbekannt oder wird abgelehnt. Das bedeutet jedoch nicht, dass Gewerkschaften keinen Einfluss auf die Gestaltung der Sozialgesetzgebung haben. Das bedeutendste Beispiel aus jüngerer Zeit ist die Einführung der Lohngleichheit in der staatlichen Kinderbetreuung in Québec in den 2000er-Jahren und die Ausweitung des öffentlichen Rentensystems CPP auf Bundesebene im Jahr 2015. In jüngerer Zeit waren die Gewerkschaften an Diskussionen beteiligt, um staatliche Subventionen für saubere Technologien und Elektrofahrzeuge an gute Löhne und Beschäftigungsstandards zu knüpfen, und waren maßgeblich an der Regierungsvereinbarung zwischen den Sozialdemokraten (NDP) und den Liberalen für den Zeitraum 2022–2024 beteiligt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Auf Bundesebene haben die kanadischen Gewerkschaften historisch gesehen eng mit der sozialdemokratischen New Democratic Party (NDP) zusammengearbeitet, die 1961 Mitbegründerin des CLC war. In den letzten Jahren wurde diese Ausrichtung jedoch innerhalb des Gewerkschaftsbundes infrage gestellt, sowohl von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der inzwischen abgespaltenen UNIFOR, die sich den Liberalen angenähert haben, als auch von den Baugewerkschaften, die zunehmend die Konservativen unterstützen.

Dennoch gab es im Laufe der Jahrzehnte viele NDP-Abgeordnete aus verschiedenen kanadischen Gewerkschaften, und bis zu den Wahlen 2025 gewann die NDP zuverlässig Sitze in Wahlkreisen der traditionellen Gewerkschaftshochburgen, insbesondere in Ontario. Es besteht weiterhin eine Kluft zwischen der Gewerkschaftsführung, die häufig die NDP unterstützt, und den Gewerkschaftsmitgliedern, die eher konservativ (Gewerkschaften des privaten Sektors) oder liberal (Gewerkschaften des öffentlichen Sektors) wählen. Bemerkenswert ist, dass die Konservativen auf Bundesebene in den letzten drei Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um ihre Glaubwürdigkeit in Arbeitsfragen zu stärken und gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer für sich zu gewinnen.

Im Gegensatz zur engen Zusammenarbeit auf Bundesebene verfolgten die Gewerkschaftsverbände in Québec in den 1990er- und 2000er-Jahren hauptsächlich eine Politik, die auf die Unabhängigkeit der Provinz abzielte, und schenken der Bundespolitik wenig Beachtung. Stattdessen strebten die Gewerkschaftsverbände in Québec eine Sozialpartnerschaft mit den Provinzregierungen und auf lokaler Ebene auch mit den Arbeitgebern an. Darüber hinaus besitzen die beiden Dachverbände FTQ und CSN die weltweit größten unabhängigen und rein gewerkschaftlichen Investmentfonds (*Fonds de Solidarité und Fondactions CSN*), die es Arbeitnehmer:innen ermöglichen, sozial engagiert für ihren Ruhestand zu sparen, und die in Québec auch durch spezielle Steuerabschreibungen gefördert werden.

Auf Bundesebene muss die sich weiter verschärfende politische Spaltung der kanadischen Gewerkschaften erklärt werden: Spätestens seit den Bundestagswahlen 2004 verfolgt die CAW (die Vorgängergewerkschaft von UNIFOR) eine Strategie des »strategischen Wählens«, wonach ihre Mitglieder gegen konservative Kandidaten stimmen. In der Praxis bedeutet dies in der Regel eine pauschale Unterstützung der Liberalen und führt nur zu wenigen Empfehlungen, in ausgewählten Wahlkreisen für den lokalen Kandidaten der NDP oder des Bloc Québécois zu stimmen. Aufgrund dieser Haltung und trotz mehrerer aktiver CAW-Mitglieder in der NDP-Fraktion wurde der damalige CAW-Vorsitzende Buzz Hargrove 2006 aus der NDP ausgeschlossen. Die CAW zog sich daraufhin aus allen Instanzen der Partei zurück.

Die drei anderen großen Mitgliedsgewerkschaften des CLC sind nach wie vor in der NDP vertreten und haben sich stets für

Sozialdemokrat:innen eingesetzt. Bei den jüngsten Wahlen hat sich CLC-Präsidentin Bea Bruske persönlich für die NDP eingesetzt und sich gegen strategisches Wählen ausgesprochen, obwohl der CLC selbst keine bestimmte Partei unterstützt hat.

Die einfachen Mitglieder führen weiterhin Tausende von »Tür-zu-Tür«-Besuchen (Wahlwerbung) durch und unterstützen »Get-out-the-vote«-Kampagnen, um gewerkschaftlich organisierte Wähler am Wahltag tatsächlich zur Wahl zu bewegen. Gewerkschaftsangestellte sind eine wichtige Quelle für erfahrene Wahlkampfmanager, insbesondere für die New Democratic Party.

Das Gesamtergebnis der Wahlen 2025 ist für die kanadischen Gewerkschaften relativ positiv, da eine liberale Regierung einer konservativen vorzuziehen ist. Premierminister Carney ist jedoch ein Politiker der Mitte-Rechts-Partei, der deutlich gemacht hat, dass er erhebliche Kürzungen im öffentlichen Dienst vornehmen und keine Ausgaben zur Verbesserung des sozialen Sicherheitsnetzes tätigen wird, das für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung ist. Es bleibt unklar, ob er sich für Fortschritte bei der Einführung arbeitnehmerfreundlicher Gesetze einsetzen wird.

Die kanadischen Gewerkschaften sehen die Zukunft und die Rolle der Arbeitnehmer in einer klimaneutralen Wirtschaft positiv, rechnen jedoch mit Herausforderungen, da künstliche Intelligenz und Kürzungen der Staatsausgaben die politische Agenda dominieren. Die dringende Notwendigkeit, das soziale Sicherheitsnetz zu verbessern, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die von dem Handelskrieg mit den USA betroffen sind, wird im kommenden Jahr ebenfalls ein wichtiges Thema für kanadische Gewerkschaften, Beschäftigte und politische Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen sein.

Jordan Lechnitz, Landesdirektor Kanada, Washingtoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die USA und Kanada, mit Sitz in Ottawa

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.